Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

48 (26.2.1906)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 48. Karlsruhe, Montag den 26. Februar 1906. 26. Jahrgang.

„Jetzt wird gestreikt!"

„Wir wissen, wie die Streiks in der Regel gemacht werden, daß sie meist nicht von den Arbeitern ausgehen; es kommt ein Telegramm von Berlin (Oho! von den Bänken der Sozialdemokratie), die Weisung von irgend einem Zentralkomitee: Jetzt wird gestreikt."

Staatsminister Frhr. v. Dusch in der 2. Kammer am 22. Februar.

Die obige Aeußerung des Ministers gab bekanntlich unserem Genossen Abg. **E. Eichhorn** Freitag Anlaß zu einer Erwiderung. Da sie treffend ausgefallen und für weite Kreise von hoher Wichtigkeit ist, so wollen wir sie im Stenogramm festhalten:

Der Herr Minister hat eine Ansicht geäußert über die Entstehung der Streiks, die wirklich verblüffend war. Es scheint dem Herrn Minister unangenehm zu sein, daß ich darauf zurückgreife, aber es ist einfach unmöglich zu schweigen. Wenn ein Mann, der eine solche Stellung einnimmt, wie der Herr Minister, wenn der Staatsminister und oberste Beamte des Justizwesens eine solche Meinung zum Ausdruck bringt, darf man sich freilich nicht wundern, wenn bei uns auf diesem Gebiete Urteile gefällt werden, und wenn Anschauungen zutage treten, die einfach unerhört sind. Der Herr Minister hat gestern bestritten, daß jeder Streik ipso jure berechtigt sei. Darüber läßt sich allerdings reden. Es gibt unter Umständen Streiks, die an sich zwar berechtigt sind, die man aber auf einen besseren Augenblick verschieben könnte. Der Herr Minister hat dann fortgefahren, unter Hinweis auf den Plattenlegerstreik: „Wir wissen, wie die Streiks in der Regel gemacht werden, wir wissen, daß sie meist nicht von den Arbeitern ausgehen; es kommt ein Telegramm von Berlin von irgend einem Zentralkomitee, und dann wird gestreikt." Das ist wirklich eine Anschauung des Herrn Ministers, bei der es mich nicht wundert, daß die selige Zuchthausvorlage zustande kommen konnte. Wenn in Regierungskreisen eine solche unglaubliche Anschauung von der Entstehung der Arbeiterbewegungen herrscht, was soll man dann überhaupt sagen. Der Herr Minister ist zweifellos ein außerordentlich tüchtiger Jurist, er mag auch ein tüchtiger Beamter sein, er mag auch sonst alle Eigenschaften haben, die ihn zu einem Staatsmann befähigen, von sozialen Dingen aber, das mag mir der Herr Minister nicht übel nehmen, **von dem großen mächtigen Ringen der Arbeiterklasse versteht der Herr Minister auch nicht das allergeringste**, davon hat er auch nicht die allergeringste Ahnung. Ich glaube, es ist darauf zurückzuführen, daß er seine Erziehung in einer exklusiven Beamtenklasse erfahren hat, und aus diesem Milieu heraus urteilt.

Ist dem Herrn Minister unbekannt, daß häufig solche Streiks, und ich erinnere da an den Bergarbeiterstreik, gegen den Willen der Führer ins Leben treten und durchgeführt werden? Die Führer haben zur Verhütung des Streiks getan, was möglich war, weil sie einsahen, daß es unmöglich war, einen derartigen Streik mit den vorhandenen Kapitalien durchzuführen. Aber vergeblich. So geht es recht oft. Da kommt nun der Herr Minister und erklärt, es dürfe nur ein Telegramm von irgend einer weltfernen Gegend, von Berlin oder irgend einer anderen Zentrale kommen, und wie eine Hammelherde stürzten sich die Arbeiter hinaus und streiken. Es wäre wirklich notwendig, daß unser Staatsminister, um die Volksinteressen — und zwar nicht die Volksinteressen in dem Sinne, daß das „Volk" da aufhört, wo die Beamtenschaft oder die besitzende Klasse aufhört —, also um die Volksinteressen im vollen Umfange des gesamten Volkes kennen zu lernen, einmal hinausginge ins Leben, und einmal die Streikenden kennen lernte, den heißen schweren Kampf sehen würde, den die Arbeiterklasse durchzumachen hat. Er würde da einen Einblick bekommen, wie die Leute ringen und sich abmühen, wie viele Kämpfe es kostet, ehe sie zu dem zweischneidigen Schwert des Streiks greifen; die Arbeiter wissen ganz genau, daß ein Streik ihnen ebenso große Wunden schlägt, wie den Unternehmern. Es ist aber häufig gar nicht anders möglich für die Arbeiter, sich eine erträgliche Existenz zu erringen, ohne zum Streik zu greifen. Man sollte von dem Minister verlangen dürfen, daß er, weil er an dieser verantwortungsvollen Stelle steht, und weil sein Wort ein anderes Gewicht hat, als wenn es der erste beste ausspricht, mit seinem Urteil zurückhaltender ist, in Dingen, die er nicht kennt. Auf die Kreise, auf die der Herr Minister Einfluß hat, muß das den verhängnisvollsten Eindruck machen. Was sollen die Richter, was sollen die Staatsanwälte, und was sollen die nächsten Mitarbeiter des Herrn Staatsministers denn für ein Urteil von den Lohnbewegungen erhalten, wenn der Herr Minister sagt, die Streiks seien durch ein Telegramm von Berlin oder von Stuttgart oder von irgend einer anderen Zentrale in Szene gesetzt worden. Ist es dann ein Wunder, daß es in der Begründung des Urteils, von dem wiederholt gesprochen worden ist, heißt:

„Das Strafmaß sei so hoch ausgefallen, weil vor allen Dingen die unbedingte Notwendigkeit zutage getreten sei, im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und im Interesse der Arbeitswilligen, diese mit allen Mitteln gegen Gewalttätigkeiten Streikender zu schützen."

Ich will nicht zurückkommen auf das, was der Herr Kollege Lehmann über die Streikbrecher gesagt hat. Für uns sind die Streikbrecher ehrlose Menschen, die die Kämpfe ihrer Genossen in der erbärmlichsten Weise zunichte machen durch Verrat an der eigenen Sache. Die Herren Beamten würden von ihren Kollegen genau so denken, wie wir von den Streikbrechern, wenn einer sich in dieser Weise gegenüber den anderen benehmen würde. Wir haben es ja bei dem Aerztering gesehen, welchen Terrorismus sie gegen ihre Kollegen ausübten, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen — das nennt man in jenen Kreisen natürlich anders — zu erlangen. Auch die Lehrer z. B. würden sich bedanken, mit einem zusammen zu arbeiten, der ihnen in ihrem jahrzehntelangen Ringen um bessere wirtschaftliche Verhältnisse in den Rücken fiele. Aber durch Urteile, wie sie der Herr Minister aussprach, kommen natürlich nun Staatsanwälte wie Richter ohne weiteres zu der Meinung: Ja nun, unser Justizminister spricht es ja selbst aus, die Streiks sind frivol vom Zaune gebrochen, durchaus unberechtigt, und einem unberechtigten Streik gegenüber muß man natürlich die Arbeitswilligen ganz besonders schützen. Das ist es, was ich dem Herrn Minister zum Vorwurf mache, daß er nicht als Privatmann eine Meinung, sondern als Staatsminister, als der oberste Beamte des Landes, eine solche Meinung ausspricht; das hat empört.

Ich will nicht auf das weite Gebiet der Berechtigung der Streiks eingehen, mich auch nicht darüber verbreiten, daß wirklich mit zweierlei Maß gemessen wird. Der Herr Minister weist das allerdings mit großer Entschiedenheit zurück. Es ist aber wiederholt von meinen Parteigenossen hier betont worden, daß das natürlich nicht bewußt geschehe. (Abg. Süßkind: Sehr richtig!) Im Gegenteil, es ist ausdrücklich, gewissermaßen als Entschuldigung für die Richter, betont worden, daß sie aus ihrem Milieu heraus zu derartig einseitigen Urteilen kommen, und wenn es eines Beweises bedürfte, wie berechtigt gerade diese Behauptung war, so ist der Herr Minister das klassische Beispiel dafür. Wenn der Herr Minister noch Staatsanwalt wäre und die Ansicht, die er gestern hier als Minister vertreten hat, als Staatsanwalt geltend machte, das wäre dann der krasseste Klassenstandpunkt, den man sich nur denken kann. Für ihn ist jeder oder doch die meisten Streiks von vornherein unberechtigte Streiks, und darum muß er aus dieser ganzen Anschauung heraus — er kommt dabei gar nicht mit seiner Ueberzeugung aus dem Widerspruch — zu einem tendenziösen, ungerechten Urteil kommen. Das ist es, was wir unserer heutigen Justiz zum Vorwurf machen und was wir Klassenjustiz nennen. Wir wollen den Herren Richtern keinen Vorwurf machen. Wir denken gar nicht daran, dem unabhängigen Richterstande persönlich irgendwie zu nahe zu treten. Die Richter können aus ihrer Haut nicht heraus; wenn sie so erzogen werden, wie der Herr Minister, dann müssen sie zu dieser einseitigen Anschauung kommen, dann müssen sie natürlicherweise auch dem Unternehmertum, den besitzenden Kreisen gegenüber, in denen sie zuhause sind und verkehren, ganz andere Urteile fällen wie den Arbeitern gegenüber. Daraus erklären sich Urteile, wie wir sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt haben.

Es mag damit genug sein; ich glaube, meine Pflicht erfüllt zu haben, wenn ich wenigstens diese Anschauung des Herrn Ministers zurückgewiesen habe, und ich würde mich freuen, wenn der Herr Minister diese seine Bemerkung wenigstens so einschränken würde, daß sie von seinen Beamten nicht gegen die Arbeiterbewegung ausgebeutet und ausgenützt werden könnte.

Badischer Landtag.

(34. Sitzung.)

Karlsruhe, 24. Febr.

Präsident **Wilckens** eröffnet nach 9 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Justizminister v. Dusch und Ministerialrat Reinhardt.

Staatsminister **v. Dusch**: Ich habe dem hohen Haus die Mitteilung zu machen, daß heute früh die Prinzessin Max von Baden von einem Prinzen entbunden wurde.

Präsident **Wilckens** ersucht um die Zustimmung des Hauses, dem Großherzog und dem Elternpaar des Prinzen die Glückwünsche der Volksvertretung aussprechen zu dürfen.

Abg. **Dr. Frank** (soz.)

berichtet über Titel VIII des Justizetats, die Strafanstalten betreffend:

Bei der Anforderung auf dem Gebiete des Justizetats haben wir uns mit wenigen Ausnahmen auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung bewegt. Die Strafgesetzgebung ist reichsgesetzlich geregelt. Der Vollzug der Strafe aber ist der Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen. Dieser Zustand wird wohl kaum auf die Dauer haltbar, noch weniger wünschenswert sein. Es besteht ein großer Unterschied, ob ein Jahr Gefängnis in Sachsen, in Preußen oder in Baden abgesessen werden muß; dieser Unterschied tritt sowohl bei der Beköstigung als bei der Behandlung zutage. Aber auch innerhalb des badischen Strafvollzugs bestehen Unterschiede. Ueber das sogenannte Stallsystem sind die Meinungen verschieden. Die strenge Trennung beim Gottesdienste und im Unterricht wird von vielen Gefangenen als schwere Demütigung empfunden. Diese Trennung ist aber nicht in allen Gefängnissen durchgeführt, so nicht im Mannheimer Zentralgefängnis und in der Bruchsaler Weiberanstalt. Es hängt also ganz vom Zufall ab, ob ein Gefangener dieses Stallsystem ertragen muß oder nicht. Jedes System hat eben seine Mängel und seine Vorzüge. Bei vielen Gefangenen ist eine Besserung ausgeschlossen. Dies trifft namentlich hinsichtlich der Vermögensdelikte zu. Dahingegen dürfte bei einem großen Teil der jüngeren Gefangenen eine Besserung wohl möglich sein. Hier kommt es vor allem auf den Leiter der Anstalt an, dessen Tätigkeit bis herunter zum untersten Anstaltsbeamten sich bemerkbar macht. Das männliche wie das weibliche Aufsichtspersonal sollte materiell so gestellt werden, daß es arbeitsfreudig bleiben kann. Der Dienst dieses Personals ist ein sehr schwerer und mir scheint, daß die Bezahlung derselben dazu in keinem rechten Verhältnis steht. Mehr freie Sonntage sollten unter allen Umständen bewilligt werden. In dieser Beziehung scheint ja eine kleine Besserung insofern eingetreten zu sein, als trotz des geringeren Gefangenenstandes die Zahl des Personals erhöht wurde. Mir scheint, daß in der Erbauung von Dienstwohnungen eine Pause eingetreten ist. Es wäre wünschenswert, wenn in der Nähe der Strafanstalten solche Dienstwohnungen für das Aufsichtspersonal erbaut würden.

Ueber die Gefangenenarbeit wird vielfach, namentlich von den Gewerbetreibenden, lebhafte Klage geführt. Ich glaube, es ist das richtigste, die Gefängnisarbeit auf den Bedarf für die Anstalten zu beschränken. Bezüglich der Kost besteht das System der zwei Kostklassen. Ein dringendes Bedürfnis dafür kann ich nicht anerkennen, denn auch hier hängt es von einem Zufall ab, ob ein Gefangener in die erste oder zweite Kostklasse kommt. Anstalten mit weniger als 15 Gefangenen haben nur eine Kostklasse; kommt ein Gefangener mehr hinzu, gibt es zwei Kostklassen. Man sollte auch die Lebenslage der Gefangenen nicht ohne deren eigenes Verschulden verschlechtern. Sodann habe ich Bedenken, ob der bisherige Satz von 41 Pf. pro Tag für die Ernährung auch jetzt noch ausreicht. Wir haben gehört, daß die staatlichen Krankenanstalten infolge der Verteuerung der Lebensmittel bedeutend höhere Auslagen haben. Die Preissteigerung bei den Lebensmitteln muß auch im Etat der Gefängnisse zum Ausdrucke kommen, wenn nicht an der Kost irgendwie gespart wird, was hoffentlich nicht der Fall sein wird.

Große bauliche Veränderungen stehen nicht bevor. Für die Freiburger Anstalt scheint nur eine Erweiterung der Räume für die Kranken dringend notwendig. Insbesondere sollte ein größerer Raum für die Operationen geschaffen werden. Große ernstliche Beschwerden scheinen nicht vorzuliegen. Im allgemeinen steht unser Strafvollzug auf einer soliden Grundlage. Ob man das auch vom neuen Mannheimer Gefängnis sagen kann, scheint einigermaßen zweifelhaft. (Heiterkeit.) Darüber werden ja die Mannheimer Kollegen nähere Auskunft geben. Ich beantrage namens der Budgetkommission Genehmigung der die Strafanstalten betreffenden Titel. (Bravo!)

Abg. **Wiedemann** (Zentr.) verbreitet sich über die

Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.

Von Wilhelm Braunsdorf.

49) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Folge uns nach meiner Burg, Bruder. Du magst mein Gast sein, so lange es dir gefällt. Morgen werden wir weiter sprechen."

Mit Sonnenuntergang wurde die Hauptstadt — wenn ein nicht großer Komplex eng bei einander stehender Häuser diese Bezeichnung verdient — erreicht. Sie glich einer einzigen großen Sommervilla, aus welcher hohe Cypressenbäume emporragten, die mit ihrem düstern Grün zu den meist weißen Mauern prächtig kontrastierten. Schöne Straßen, mit Nuß- und Kastanienbäumen bepflanzt, zogen sich zwischen den Reihen der Häuser von verschiedener Bauart hin. Steinmauern umschlossen alle Hausgärten und von den Simsen dieser Mauern hing es in allen Farben von üppig wuchernden Schlingpflanzen herab.

Das Kastell, die fürstliche Residenz, war mit überraschendem Geschmack auf einem niedrigen Hügel erbaut. Die Regellosigkeit bildete den Stil und dennoch wirkten alle Teile zu einem harmonischen Ganzen zusammen. Die größeren und kleineren Bauten waren durch Backsteinmauern mit einander verbunden und die Türme bis zu den obersten kleinen Fenstern hinauf mit dichtem Epheugespinnst bedeckt.

An der Frontseite aber zog sich — ein eigentümlicher Kontrast zu den übrigen festungsartigen Teilen des Schlosses — eine doppelte dorische Säulenreihe mit Kapitälen, welche ganz den Anschein erweckte, als wäre sie aus Plinius oder Strabas Zeiten herübergekommen. Auch die innere Einrichtung, die reichen Freskomalereien, das geräumige Atrium und Tepidarium erinnerten lebhaft an die Wohnräume der altrömischen Patrizier.

Als der Ghirai mit seinen Gästen und dem ganzen Jagdgefolge die breite Treppe zur Vorhalle emporstieg, sprach er zu Wladimir:

„Unser Suanenland hat noch kein feindlicher Fuß betreten und ich rate es auch keinem. Es hat noch niemals dem Sultan gehört und wird auch niemals dem Zaren gehören. In meinem Lande kann jedermann Gast, aber auch Gefangener sein — je nachdem!"

Das klang wie ein Schwur, der dem Major tief durch die Seele ging.

Im Triklinium des Kastells begann alsbald das große Gastmahl, das der Fürst seinem Jagdgefolge gab. Wladimir mußte am Kopfende der Tafel zur Seite des Hausherrn sitzen. Treffliche Speisen und feurige Weine waren in Hülle und Fülle vorhanden und auch Wladimir tat sich keinen Zwang an, sondern zeigte sich als ein echter Tscherkesse. Es wurde natürlich, der Sitte des Landes gemäß, ohne Messer und Gabel, nur mit den Fingern gegessen.

Alles, die Kleidung der am Mahl teilnehmenden Frauen, von deren seidenen Gürteln der lange Dolch an goldener Kette tief auf die Tunika herabhing, die Ausschmückung der Räume, selbst die Schüsseln und Trinkgefäße aus edlem Metall, die von aufwartenden Dienern immer aufs neue mit herrlichem Rebensaft bis zum Rande gefüllt wurden — alles trug altrömisches Gepräge, was Wladimir ganz besonders auffiel. Seine Neugier war auf das Höchste erregt, aber er, der sich ja als echter Tscherkesse ausgegeben, mußte sich hüten, seine Neugier auch nur mit einem Worte, mit einem Blicke zu verraten. Auch der Ghirai unterließ es geflissentlich, während des Gastmahls das Gespräch auf die Verhältnisse seines Landes zu lenken.

Später, als Wladimir mit Atalin sich in die ihnen zugewiesenen, mit orientalischer Pracht ausgestatteten Wohnräume zurückgezogen hatten, kam der Laie dem Verlangen des Majors, über die ihm aufgefallenen Eigentümlichkeiten des Suanenlandes Näheres zu hören, gerne nach.

„In diesem Lande sind über zweihundert verschiedene Volksstämme vereinigt, und so verschiedener Herkunft, Sprache, Charakter und Sitte ist, sie leben dennoch in Eintracht und Frieden miteinander. Du hast hier die verschiedenartigsten Bauwerke und Bauarten gesehen. Sie entsprechen eben nur der Verschiedenartigkeit der Völker. Alle Volkstypen zwischen Rom und Indien haben sich im Laufe der Jahrtausende hier zusammengefunden. Zur Zeit der Hellenen wohnten im Suanenlande schon die Völker blühender Reiche, wo vorher schon die Kämpfe des Frauenheeres der Königin Tamera stattfanden. Fast aus allen Teilen der Welt strömten die Völker hierher. Die friedliebenden, gewerbetreibenden Völker, die von den großen persischen, medischen und armenischen Eroberern, von Aurelian, von Alexander dem Großen und anderen aus ihren Wohnsitzen vertrieben wurden, die alten Bewohner von Palmyra, Pilger aus Palästina, Verbannte aus Egypten — alle fanden hier einen Zufluchtsort. Ihnen schlossen sich die Reste der Völkerwanderung an, die ihres Vaterlandes beraubten Stämme, die Trümmer der Awarenheere, die Ueberreste der Hunnenscharen Attilas, die Glaubensfekten der verfolgten und ausgerotteten Parsen, verbannte Griechen, französische Emigranten, deutsche Hussiten, Sarazenen, türkische Ketzer und andere Volksangehörige des Westens und Ostens, die von Abenteuerlust, Kriegen, Verfolgungen oder Religionsfanatismus getrieben oder gejagt wurden, bis sie in diese schützenden Berge zurückgelangten, aus welchen die Menschheit hervorgegangen. Hier fanden alle ein gemeinsames Vaterland, das seine Glieder nimmer wieder losläßt. Es ist die Zufluchtsstätte der sich gegenseitig befehdenden Zivilisation vieler Jahrtausende."

„Ich bewundere aufrichtig deine umfassenden Kenntnisse von Land und Leuten des Kaukasus aus ältester und neuerer Zeit," bemerkte Wladimir.

„Mein Vater war ein vielgereister Mann. Seinen Erzählungen und Berichten verdanke ich meine Welt- und Menschenkenntnis."

„Ich hätte nie geglaubt, in diesem wilden Berglande so viel des Wunderbaren und eine so hohe Kultur zu finden. Ich war bisher gewöhnt, in allen kaukasischen Völkern eine wilde Horde blutdürstiger Barbaren zu sehen. — Jetzt aber eine Frage, die mich ganz besonders interessiert: durch welche Mittel werden alle diese verschiedenen Völker zu einem einheitlichen und geordneten Staatsgebilde zusammengehalten?"

„Gerade durch ihre Verschiedenartigkeit. Jede Gruppe bewahrt sich ihre Sprache, ihre Tracht, Sitte und Lebensweise, aber alle ordnen sich dem großen Ganzen, dem Gemeinwohl, unter und im Handel und Verkehr bedient man sich fast ausschließlich der lateinischen Sprache."

„Dann muß wohl das römische Volkselement das vorherrschende sein?"

„Das nicht, denn einen römischen Stamm im eigentlichen Sinne gibt es nicht mehr. Die zersprengten Getreuen des Sixtus Pombejus brachten die lateinische Sprache ins Land, sie blieben aber nicht als Stamm vereint. Durch ihre höhere Intelligenz und Bildung wurden sie die Lehrer aller der Stämme, welche sie hier vorfanden, mit denen sie derart eins wurden, daß sie selbst wohl ausstarben, ihre Sprache und Bildung aber erhalten blieb. — Darum findest du auch, daß hier die Stellung der Geschlechter zu einander eine ganz andere ist, als bei den umwohnenden kaukasischen Volksstämmen. Im Suanenlande arbeiten die Männer, und die Frauen stehen jenen im Rang gleich, ohne daß sich hieraus irgend eine Unzuträglichkeit ergäbe, da auch die Frauen an der aufsteigenden Bildung teilgenommen. Sie speisen gemeinsam mit den Männern und ihre Schönheit wird durch keinen Schleier verdeckt. Es gibt auch keine Scheidemauer zwischen Herrin und Dienerin, wie bei euch zwischen einer adeligen Dame und einem Bauernmädchen. Hier schlafen Herrin und Dienerin in einem Zimmer."

(Fortsetzung folgt.)

Verhältnisse in der Bruchsaler Anstalt, die als gute bezeichnet werden dürften. Die Aufsicht der entlassenen Gefangenen sollte man von den Polizeibehörden an die Schutzvereine für Gefangene abgeben, um die Erlangung von Arbeit den Gefangenen zu erleichtern. Eine humanere Behandlung der Aufseher sei erwünscht, wie auch eine Erleichterung in der Dienstzeit, besonders nach den schweren Nachtdiensten.

Abg. **Vogel** (Dem.) bespricht die Frage des Ankaufs des Geländes für das Mannheimer Gefängnis.

Ministerialrat **Reinhardt** geht auf den Mannheimer Neubau näher ein und sucht zu beweisen, daß die Annahmen des Vorredners unzutreffend seien.

Auch er anerkenne die Berechtigung der Aufbesserung der Beamten, doch könne dieselbe nur im Rahmen der Gehaltstarif-Regulierung vorgenommen werden. Die Vorwürfe Wiedemanns, als ob die Angestellten eine schlechte Behandlung erführen oder kein Beschwerderecht hätten, müsse er zurückweisen. Die Kost sei eine genügende und bestünde aus 112 Gramm Eiweiß, 44 Gramm Fett und 678 Gramm Kohlenhydrat. Die Verwaltung sei aber darauf bedacht, wenn nur möglich, Verbesserungen an der Kost anzubringen.

Abg. **Duffner** (Ztr.) bittet nochmals um möglichste Berücksichtigung der Gewerbetreibenden bei Uebernahme von Gefängnisarbeiten.

Abg. **Franz** (lib.) beklagt die baulichen Verhältnisse des Kreisgefängnisses in Rastatt, die einen Neubau wünschenswert machten.

Ministerialrat **Reinhardt** erklärt, daß das Kreisgefängnis in Rastatt in demselben Augenblick eingezogen werde, in dem der Neubau des Mannheimer Gefängnisses beendet.

Abg. **Lehmann** (Soz.):

Die Einführung der zweiten Kostklasse bedeutet eine Herabminderung der Kost. Die Klage über ungenügende Kost ist eine alte und berechtigte. Meines Wissens gibt es keinen anderen Bundesstaat, der eine zweite Kostklasse hat. Wenn man jemand zumutet, ein ganzes Jahr unterernährt zu werden, so ist das ein Standpunkt, den ich entschieden bekämpfen muß. Es ist auch ungerecht, den schweren Verbrecher mit langer Strafe besser zu beköstigen, als denjenigen, der keine so hohe Strafe hat. Es müßte vor allem untersucht werden, ob die Gefangenen, bevor sie ins Gefängnis kommen, nicht schon unterernährt sind. Mit der von der Regierung vorgetragenen Gewichtsstatistik sei nichts bewiesen. Wenn durch den Strafvollzug keine Besserung erzielt wird, so sehe ich nicht ein, warum das Zellensystem beibehalten werden soll. Es werden ja große Mittel zur Besserung der Gefangenen angefordert, namentlich für die Geistlichen. Für die Aerzte werden weit weniger Mittel angefordert. Eigentlich sollte es umgekehrt sein. Der Erfolg der Geistlichen ist gleich Null. Wenn die Geistlichen bei den Gefangenen als Lehrer bessernd wirken sollen, dann müßten sie auch in pädagogischer Hinsicht die nötigen Qualifikationen besitzen. Das Verlangen, die Predigt des Geistlichen nachzuschreiben, sei sinnlos, denn viele Gefangene können das einfach nicht. Baden sei der einzige Staat, der noch den Strafstuhl habe. Wenn er, wie die Regierung sagt, nicht mehr benützt wird, so soll man ihn doch abschaffen. Dem Gefangenen soll der Glaubenswechsel verboten sein. Mit welchem Recht will man einem Gefangenen verbieten, seinen Glauben zu wechseln? Der Gesundheitszustand könne durch die Statistik der Todesfälle nicht festgestellt werden. Es wäre dringend wünschenswert, über die Disziplinarstrafen Auskunft zu erhalten. Die Meinungen über das Mindestmaß dessen, was zur Ernährung des Menschen notwendig ist, gehen unter den Sachverständigen ebenso sehr auseinander, wie darüber, mit welchen Mitteln der Strafvollzug am erfolgreichsten durchgeführt wird.

Abg. **Frühauf** (freis.) führt aus, daß das Aufsichtspersonal im hiesigen neuen Amtsgefängnis überlastet sei und bittet um Aufklärung über den Krankenstand der Tuberkulosen in den Gefängnissen. Redner befürwortet eine Prüfung der Frage, ob es nicht besser sei, den entlassenen Sträflingen die verdienten Gelder in Raten auszuzahlen, um zu verhindern, daß dieses Geld auf einmal ausgegeben werde und, wenn es ausgegeben, den Sträfling zu neuen Verbrechen anreize.

Abg. **Heimburger** (Dem.) wendet sich gegen das Stallsystem beim Unterricht und dem Gottesdienst in den Gefängnissen; dem freieren System sei hier doch der Vorzug zu geben, um so mehr, als auch den Gefangenen in diesen Stunden etwas mehr Himmel und Sonne gezeigt werden könne. Redner wendet sich gegen die Anwendung von Arreststrafen gegenüber den Angestellten.

Ministerialrat **Reinhardt** weist in Bezug auf die Gefangenenkost darauf hin, daß pro Kopf natürlich nicht ein bestimmter Geldsatz zur Verwendung gelange, sondern ein bestimmtes Quantum Speise, so daß bei den Teuerungsverhältnissen auch die Preise für dieses Quantum gestiegen seien. Eine Statistik über Tuberkuloseerkrankung sei nicht leicht herzustellen, doch seien die Anstaltsärzte darauf bedacht, dieser Krankheitserscheinung das größte Interesse zuzuwenden. Was die Arreststrafen betreffe, so könne er nur sagen, daß die Gefangenenverwaltung dieselben entbehren könne.

Es wird hierauf halb 1 Uhr die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung Mittwoch halb 5 Uhr. Budgetberichte.

Badische Politik.

Und immer noch die Wahl im 39. Bezirk.

Aus Malsch schreibt man uns: Bezüglich der Landtagswahl kann auch von hier behauptet werden, daß das Gros der Blockwähler ins schwarze Lager abgeschwenkt ist. Bei der Betrachtung der Wahlziffern ist man leicht geneigt, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Blockwähler im hiesigen Orte der Aufforderung ihres Kandidaten, unsern Genossen Lutz zu wählen, Mann für Mann Folge geleistet haben. Wer aber die Verhältnisse im hiesigen Orte kennt, und sich die Wählerliste genau ansieht, der bekommt ein ganz anderes Bild. Wir haben hier beim zweiten Wahlgang volle 30 Mann mehr zur Wahlurne gebracht, als beim ersten, von denen wir die feste Ueberzeugung haben, daß sie Anhänger der Sozialdemokratie sind. Wieviel Blockwähler dann noch Ordre pariert haben, wird der Landesbote, der sich zur Begründung seiner Behauptung, daß die Blöckler sozialdemokratisch gewählt haben, auf Malsch beruft, leicht ausrechnen können.

•

Forchheim, 26. Febr. Bei uns erhielt

Lutz 193 (1905: 156) Stimmen,
Belzer 135 (1905: 109) Stimmen,

14 Blockleute haben gar nicht abgestimmt, 17 bei 19 für Lutz, und die übrigen Blockstimmen sind wahrscheinlich dem Zentrum zugefallen.

Erklärung.

Das Mannheimer Volksblatt enthält ein Pamphlet, wonach ich in Aue in einer Wahlversammlung gegen die Lehrerforderungen Protest erhoben haben sollte. Demgegenüber erkläre ich, daß das eine infame Lüge ist, sowie weiterhin, daß Herr Ehret, der Demokrat und nicht Sozialdemokrat ist, in jener Wahlversammlung überhaupt nicht anwesend war. Ebenso ist es eine Lüge, daß eine Bezahlung für die Wahlversammlung an mich erfolgte, das gleiche trifft auch bei meinem Parteigenossen Pfeiffle zu.

Karlsruhe, 24. Februar 1906.

Ernst Roesch.

Deutsche Politik.

Die Portoerhöhung,

mit der nach dem schon mitgeteilten Beschluß der Steuererfindungskommission des Reichstags das deutsche Volk beglückt werden soll, ist auf einen Zentrums-Antrag folgenden Wortlauts zurückzuführen:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Erhöhung der Einnahmen der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung durch Maßnahmen Bedacht zu nehmen, welche 1. die Beseitigung der im Orts- und Nachbarortsverkehr bestehenden Ausnahmetarife für Postkarten und Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere, 2. die anderweitige Festsetzung der Gebühren für außerordentliche Zeitungsbeilagen zum Gegenstand haben."

Natürlich haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission sich gegen die verkehrsfeindlichen Projekte mit Entschiedenheit gewandt. Genosse Lipinski stellte fest, daß die Einnahmen für den Zeitungsversand infolge der Verbilligung gewaltig gestiegen sind, im letzten Jahr allein um eine Million.

Der Postsekretär erklärte, daß die Regierung wahrscheinlich geneigt sein werde, dem eventuellen Beschlusse der Kommission Rechnung zu tragen, da der Ausnahmetarif für Ortskarten und Drucksachen in der Tat zu niedrig sei und der dafür erforderliche Aufwand nicht gedeckt werde, daß aber Handel und Wandel nicht allzu sehr gestört werden dürfe.

Darauf gratulierte Genosse Singer dem Staatssekretär zu den Geistern, die er durch seine gestrigen Aeußerungen gerufen habe und nun nicht wieder los werden könne und die die Hand nehmen, nachdem er ihnen den kleinen Finger geboten. Es sei bezeichnend, daß auch hier wieder die städtefeindliche Tendenz wie ein roter Faden durch die Gesetzgebung der letzten Jahre zum Vorschein komme. Die Antragsteller lassen gänzlich unberücksichtigt, daß in jüngster Zeit große Aufwendungen für das flache Land gemacht worden sind, dieses in das Zentrum des Verkehrs hineinzuziehen. Falsch sei, die Verbilligung des Ortsverkehrs ein verfehltes Experiment zu nennen. Es sei das Aequivalent für die Aufhebung der Privatpostanstalten gewesen, die den Verkehr zu den billigen Tarifsätzen in den Großstädten vermittelten. Der darin enthaltene Vorteil sollte dem Publikum erhalten bleiben, und daher sei der Antrag illoyal — welchen Ausdruck der Vorsitzende rügt —. Durch Aufhebung des billigen Tarifs werde zweifellos das Vertrauen zu den Institutionen der Gesetzgebung erschüttert.

Zeugniszwang-Folter.

Der Zeugniszwang in Forst in der Lausitz wird fortgesetzt. Das Landgericht hat die Beschwerde der inhaftierten Setzer gegen das Verfahren verworfen. Trotzdem wird die Justiz nicht die Genugtuung erleben, daß sich Ehrenmänner zu einer unehrenhaften Handlung zwingen lassen.

In Sachsen

hat sich die freie Wahlrechtskommission in ihrer letzten Sitzung mit der Erörterung des allgemeinen Wahlrechts und der öffentlichen Stimmenabgabe nach preußischem Muster befaßt. Man ist auch zu einer prinzipiellen Stellungnahme zu diesen Fragen gekommen und hat mit Mehrheit dem Prinzip der allgemeinen Wahl und der geheimen Stimmenabgabe zugestimmt. Für die öffentliche Wahl erklärten sich zwei Stimmen. Diese Erklärung für die allgemeine und geheime Wahl will indes nicht viel besagen. Denn in den nächsten Sitzungen wird man gerade darüber beraten, wie man diese schönen Wahlrechtsprinzipien durchlöchern kann. Dabei wird voraussichtlich erwogen werden, ob es durch Pluralverfahren, durch direkte Klassenwahl oder Berufswahl geschehen soll. Doch hat sich die Kommission durch die Beschlüsse indirekt gegen jede Art von Zensus erklärt. Das bedeutet aber nur, daß das allgemeine Wahlrecht auf andere Art als durch Zensus verunstaltet werden soll.

Hanseatischer Beseler-Kurs.

Aus Hamburg meldet das Berliner Tageblatt: Gegen das sozialdemokratische Bürgerschaftsmitglied Schaumburg, das ein Flugblatt über den Wahlrechtsraub verfaßte, ist ein Verfahren wegen Beleidigung des Senats und Aufreizung zu Gewalttätigkeiten eingeleitet worden. Breslauer Beispiele verderben — republikanische Sitten.

Das verlorene Pokerparadies.

Das Oldenburger Landgericht hatte früher entschieden, Pokern sei kein Glücksspiel. Am 7. Juni v. J. verurteilte es jedoch einen Gastwirt, weil er geduldet hatte, daß einige Gäste in seinen Räumen pokerten. Die richterliche Revision wurde von dem Reichsgericht jetzt verworfen. Der Reichsanwalt hatte betont: „Wenn das Landgericht Oldenburg feststellt, daß das Pokern ein Glücksspiel ist, so ist dies ohne Rechtsirrtum geschehen."

Die reichsgerichtliche Entscheidung wird Oldenburgs Justizminister mit bitterer Wehmut vernehmen. Sonderbar sind deine Wege, heilige Justitia. Als sich der Justizminister pokernd amüsierte, hieß es: „Pokern ist keine Sünd'." Nun aber ein Gastwirt getrost das Pokerspiel in seine heiligen Hallen einziehen läßt, wird er wegen Duldens eines Glücksspiels verknurrt.

Ausland.

Sozialdemokratie.

England. Der rechte Mann am rechten Platz. Mit diesen Worten begrüßt die Justice den Genossen Keir Hardie als den Führer der Arbeiterpartei im Parlament. Nicht immer sei die Justice mit ihm einverstanden gewesen. Sie habe ihn häufig kritisiert, aber es müsse anerkannt werden, daß Hardie sein Ziel mit unbeugsamem Mute, Standhaftigkeit und Treue verfolgt habe. Seine Position als Führer der neuen Partei werde keine leichte sein, denn sie werde nicht zusammengehalten durch ein gemeinsames Programm, sei Keir Hardie doch mit nur 15 gegen 14 Stimmen gewählt. Die Justice verspricht, Keir Hardie in allen Dingen zu unterstützen, die er im Interesse der Arbeiter unternehmen werde.

Der Labour Leader feiert in Keir Hardie den überzeugten Sozialisten. Wenn sein Sozialismus auch in manchen Punkten von den engen Grenzen einer dogmatischen Interpretation abweiche, so sei er doch ein Sozialist ohne jede Reserve. Ferner begrüßt ihn Labour Leader als Gewerkschaftler und vor allem als Sohn des Volkes, der die drückenden Fesseln der Armut aus eigener Erfahrung kennt. Er sei also durch Geburt, Natur und Charakter und durch die Sympathien, die er besitze, der geeignetste Führer der Arbeiterpartei im Parlamente.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Amerika. Ein Riesenstreik ist in Vorbereitung. John Mitchell, der Präsident der Kohlenbergleute, erklärte in Pittsburg, der Ausstand in den Kohlenzechen am 1. April sei unvermeidlich. Die Forderungen der Bergleute [illegible] achtstündiger Arbeitstag und Anerkennung [illegible] Union. Der Ausstand werde sich auf eine [illegible] Million Grubenarbeiter erstrecken.

Aus der Partei.

g. **Das Nürnberger Parteigeschäft** hat, wie [illegible] dem in der Versammlung des sozialdemokratischen [illegible] eins Nürnberg am Mittwoch von der Preßkommi[illegible] erstatteten Geschäftsbericht hervorgeht, im verflo[illegible] Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen. [illegible] Abonnentenstand der Fränkischen Tagespost hat sich [illegible] rund 2500 gehoben und betrug Ende Dezember [illegible] 13 000. Im Januar d. J. ist er wiederum um m[illegible] als 1000 gestiegen. Gegenwärtig beträgt die [illegible] der Abonnenten weit über 14 000. Das steht aber [illegible] lange in keinem richtigen Verhältnis zur Zahl der [illegible] der Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokrati[illegible] Stimmen, weshalb eine planmäßige Agitation ein[illegible] leitet werden soll, um die noch vielfach verbre[illegible] Generalanzeigerpresse aus den Wohnungen der Arb[illegible] zu verdrängen. Der Reinüberschuß betrug 17 896 [illegible] wovon 2150 Mk. zu sozialpolitischen Zwecken verwe[illegible] je 6000 Mk. zur Bildung eines Hausbau- und eines [illegible] servefonds zurückgelegt wurden. Die Schulden des [illegible] schäftes, die bei der vor einigen Jahren erfolgten [illegible] organisation ziemlich bedeutend waren, sind im [illegible] gangenen Jahre vollends gedeckt worden, so daß [illegible] mehr der Ausgestaltung des Blattes [illegible] Hauptaugenmerk zugewendet werden kann. Sobald [illegible] die Möglichkeit bietet, soll ein eigenes Haus erw[illegible] werden, außerdem plant man, der Fränkischen Tages[illegible] ein handlicheres Format, etwa das des Vorwärts [illegible] geben und sie achtseitig erscheinen zu lassen, was [illegible] bis 1. Mai 1910 durchführen zu können glaubt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Lörrach. Die Schuhmachergehilfen sind [illegible] eine Lohnbewegung eingetreten. Wir bitten den Zu[illegible] fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Lörrach des Schuhmacher-Verbandes.

Gailingen. Wir halten es für angebracht, auch [illegible] dieser Stelle die Arbeitsverhältnisse bei der Firma [illegible] Ottenheimer, Herrenkleiderfabrik Gailingen, zu besprechen, zumal die Firma sich alle Mühe gibt, seitdem sich [illegible] Mehrzahl ihrer Arbeiter organisiert hat, Ersatz für [illegible] selben zu bekommen.

Die Firma beschäftigt nur Heimarbeiter, die bei [illegible] bis 17stündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von [illegible] 22 bis 25 Pf. erzielen. Einen Lohntarif kennt die Fi[illegible] nicht, daher kommt es auch speziell bei Maskenkonfe[illegible] vor, daß, wenn z. B. ein Arbeiter ein Stück zu [illegible] zurückweist, dasselbe Stück einem anderen Arbeiter [illegible] 3 Mk. angeboten wird, was zur Folge hat, daß [illegible] Wünschen der Firma entsprechend, die Arbeiter in [illegible] einigkeit und gegenseitiges Mißtrauen geraten, [illegible] keiner vom andern etwas weiß. Um diese Mißh[illegible] nun zu beseitigen, gab sich ein Kollege Mühe, die [illegible] beiter dem Verbande zuzuführen. Der Lohn der Fi[illegible] blieb nicht aus, indem sie ihn entließ. Die Firma g[illegible] vermutlich, daß sie dadurch erreicht habe, bei ihrer [illegible] Praxis bleiben zu können. Sie irrt sich. Auch [illegible] wird nicht geruht, bis die Arbeiterschaft kraft [illegible] Organisation den Sieg erreicht hat.

Badische Chronik.

Pforzheim.

— Unter der Anklage wegen Untreue stand der Ma[illegible] Wilhelm Reupke aus Langelsheim, wohnhaft hier, [illegible] der Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe. Der [illegible] geschuldigte, der längere Zeit Kassier der hiesigen Z[illegible] stelle des Maurerverbandes war, hatte [illegible] Vertrauen, das seine Berufsgenossen in ihn setzten, [illegible] lich mißbraucht. Von den Geldern, die ihm durch [illegible] Hände gingen, veruntreute er 490 Mk. 13 Pf. und [illegible] dem unterschlug er den Betrag von 353 Mk. 15 Pf., [illegible] er als Kassier bei der Sylvesterfeier der Pforzhe[illegible] Gewerkschaften vereinnahmt hatte. Als Reupke be[illegible] mußte, daß seine Veruntreuungen entdeckt würden, [illegible] flüchtig. Er wurde jedoch bald darauf in Hamburg [illegible] genommen. Das gegen ihn erlassene Urteil lautete [illegible] 8 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuch[illegible] haft.

— Die Generalversammlung des [illegible] Vereins Pforzheim fand am Mittwoch Abend [illegible] Tivoli statt und war gut besucht. Der Vorsitzende, [illegible] Landsee, erstattete den Jahresbericht. Die Tätig[illegible] des Vereins war im abgelaufenen Jahr eine über[illegible] rege. Die Stadtverordneten- und Landtagswa[illegible] brachten viel Arbeit, die in zahlreichen Vereinsversa[illegible] lungen und Ausschußsitzungen bewältigt wurde. [illegible] Mitgliederzahl stieg allerdings nicht erheblich, trotz [illegible] großen Zahl von Aufnahmen, da — leider! — viele [illegible] meldungen zu verzeichnen sind. An Erfolgen haben [illegible] den Sieg bei den Stadtverordnetenwahlen in der [illegible] Klasse, die Eroberung eines Mandats bei den Landt[illegible] wahlen zu verzeichnen. Die Sammlung für die [illegible] kosten fiel nicht so gut aus, wie bei früheren Gel[illegible] heiten, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß [illegible] Bergarbeitersammlung einen verhältnismäßig [illegible] Betrag ergab. Die Agitation leide wohl auch dar[illegible] daß sich die fähigen Genossen seit einiger Zeit [illegible] schließlich in ihren Gewerkschaften agitatorisch betät[illegible] Der Kassier berichtet, daß die Einnahmen sich [illegible] 2266,03 Mk., die Ausgaben auf 2204,92 Mk. belaufen. Die Einnahmen rekrutieren sich aus 4554 Beiträgen [illegible] 40 Pf., 144 Aufnahmen zu 30 Pfg. und verschiede[illegible] Diversen.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Während [illegible] Feststellung des Wahlresultats der Neuwahlen bertet [illegible] Versammlung einige eingegangene Anträge. Beschl[illegible] wurde, einen festen Satz für Delegationen festzu[illegible] und zwar 10 Mk. für den ganzen Tag, wenn [illegible] nachtet werden muß, 6 Mk. für den halben Tag [illegible] schließlich des Fahrgeldes. Abgelehnt wurde ein An[illegible] die Generalversammlung jeweils Sonntags abzuhalten. (Sie fand dieses Jahr erstmals am Mittwoch, dem [illegible] die regelmäßigen Versammlungen bestimmten Tage [illegible] Entsprechend einem ähnlichen Beschluß des Gewerksch[illegible] kartells wurde eine ständige Festkommission von [illegible] nossen ernannt. Von den anwesenden Vertretern [illegible] Arbeitergesangvereins Freiheit, der freien Turner[illegible] und der jungen Arbeiter wurde ersucht, die genann[illegible] Organisationen zu stärken und für deren Ausbreitung besorgt zu sein.

Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: [illegible] sitzende die Genossen Fritz Faatz und Alb. Schä[illegible] Schriftführer Gen. Jouvenal, Kassier Gen. Hittel, [illegible] sitzer die Genossen A. Maier, Fr. Katz und C. W[illegible] Vor Schluß der Versammlung widmete Gen. Ei[illegible] dem seitherigen Vorsitzenden, Gen. Landsee, der über [illegible] Dutzend Jahre den Vorsitz geführt, sowie dem [illegible] Schmidt, der viele Jahre das Amt des Schriftführ[illegible] versah, Worte der Anerkennung. Die Versamm[illegible] stattete den beiden Genossen, die sich durch ihre [illegible] Mitarbeit um die Parteibewegung verdient ge[illegible] ihren Dank ab. Nach einer Aufmunterung, für die [illegible] breitung des Volksfreund tätig zu sein, wurde [illegible] Generalversammlung um 12 Uhr geschlossen.

— Hier wurden ein Mineralwasserfabrikant [illegible] früherer Spezereihändler, dessen Frau, ferner drei [illegible] nerinnen, Fabrikmädchen und 1 Dienstmädchen [illegible] Verbrechens gegen das keimende Le[illegible] festgenommen und in Untersuchungshaft verbracht. [illegible] weitere Personen, die nicht so schlimm wie die Ver[illegible] teten sich vergangen haben sollen, sind vorläufig [illegible] freiem Fuß belassen.

Freiburg.

An die Parteigenossen!

Der Abonnentenstand des Volksfreund hat [illegible] in Freiburg in der letzten Zeit in erfreulicher [illegible]

Kleines Feuilleton.

Der Zwischenruf eines Schülers und seine Folgen. Man schreibt der Frkf. Ztg. aus der Schweiz: Die gute stille Stadt Neuenburg hat eine Sensation: seit Samstag ist am Gymnasium der Unterricht eingestellt und er wird Donnerstag (22. ds. Mts.) früh wieder aufgenommen. Diese Ferien sollen eine Strafe für die Schüler sein. Das kam so: Letzten Freitag behandelte ein Professor in der Geschichtskunde eine Episode aus der Geschichte des Kantons Neuenburg. Als er auf die Neuenburger Royalisten zu sprechen kam, ließ sich ein Schüler, dessen Vater wohl den Reihen der radikalen Partei angehört, den Ruf entschlüpfen: „Cochons!" Der Professor, der finden mochte, die Objektivität seines Vortrages rechtfertige solchen Gefühlsausbruch nicht, teilte den Fall dem Herrn Rektor mit, und dieser wies den Schüler für zwei Tage aus der Schule. Die Strafe ward dadurch verschärft, daß sie durch Anschlag am schwarzen Brett der ganzen Schule mitgeteilt wurde. Daran nahmen die Kameraden des Gemaßregelten Anstoß und zu wiederholten Malen wurde der „Ukas" durch weißes Papier zugedeckt. Schließlich, als dieses immer wieder entfernt wurde, war über die Anzeige des Rektors ein Plakat geklebt worden, worauf zu lesen war, der Rektor sei wegen der Respektlosigkeit, die er sich den Schülern gegenüber zu Schulden kommen ließ, für vierzehn Tage suspendiert. Der Rektor, ein Mann, der keinen Spaß zu verstehen scheint, nahm den Streich sehr übel auf, berief den Schulrat ein, und dieser beschloß, es sei der Unterricht am Gymnasium während einer Woche einzustellen.

Weiter wurde beschlossen: wenn bis zum Abend des 23. Februar der Urheber des Plakats sich nicht beim Rektor stelle, so werde am Ende des Schuljahres keine Maturitätsprüfung stattfinden! Der Beschluß wurde in einem feierlichen Schreiben den Eltern der Schüler mitgeteilt. Diese zogen Tags darauf, einem Trupp Streikender gleich, singend durch die Straßen. Ob der Schuldige bekennen wird, ob andere ihn verraten werden? Die „Suisse liberale", das Organ der Neuenburger Konservativen, findet, der Schulrat sei allzu scharf gewesen, er sei überhaupt nicht berechtigt, die Examina ausfallen zu lassen — eine Maßnahme, durch die außer den Schuldigen sehr viele Unschuldige in empfindlichster Weise geschädigt würden —, und wenn der Schulrat auch dazu berechtigt wäre, so bleibe es doch eine mißliche Sache, es in das Ermessen einiger übermütiger Schlingel zu stellen, ob die Examina stattfinden sollen oder nicht. Es sei, fügt das Blatt bei, fatal, daß das Gymnasium und die Akademie in demselben Gebäude untergebracht seien, die unmittelbare Nachbarschaft der Studenten übe schlimmen Einfluß auf die Schüler, die gar zu gern sich ebenfalls als Studenten dünken. Da es leichter ist, sich über Symptome zu ärgern, als ihren Ursachen nachzugehen, hat der Schulrat sich diese Dinge nicht selbst gesagt und dem kleinen Zwischenfall eine Bedeutung gegeben, die den jungen Leuten sicherlich sehr schmeichelt.

Der sozialdemokratische Thronsessel. Die deutsche St. Petersburger Zeitung berichtet aus Moskau: „In hiesigen Künstlerkreisen wird gegenwärtig eine höchst ergötzliche Geschichte viel belacht. Im Großen Theater sollte die Neuinszenierung einer bekannten Oper von statten gehen und dazu brauchte man unter anderem einen neuen egyptischen Thronsessel. Einer der jüngeren Theatermaler wurde beauftragt, dieses Prachtstück mit Hieroglyphen zu schmücken. Er tat, wie ihm geheißen, und auf der Rücklehne des Thrones prangten bald die schönsten Zeichen der egyptischen Zeichenschrift. Einem Freunde jedoch vertraute der Maler an, diese Inschrift bedeute, wenn man sie nur richtig zu lesen verstünde, nichts anderes als: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Die Kunde von dieser kühnen Tat des Theatermalers verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Schauspielern und gelangte endlich auch zu den Ohren der Verwaltung. Schreckensbleich stürzten die würdigen Herren herbei, um das provokatorische Möbelstück in Augenschein zu nehmen. Unter den Angestellten des Theaters wurde eine Rundfrage veranstaltet, ob jemand Hieroglyphen zu lesen verstehe. Es fand sich auch richtig ein Egyptologe aus Berditschew, der im Tonfalle des heiligsten Ernstes versicherte, die baren Zeichen auf dem Thronsessel hätten allerdings jene fürchterliche Bedeutung, die der verbrecherische Maler seinem Freunde verraten habe.

Daraufhin wurde der ganze teuere Thronsessel sofort vernichtet und der Maler zur Verantwortung gezogen. Zu spät beteuerte er, daß es sich nur um einen Spaß handele und daß er von egyptischen Hieroglyphen ebenso wenig eine Ahnung habe, wie die Richter seines Kunstverbrechens — das Werk seiner Hände brannte schon im Theaterofen. Ein russisches Sprichwort meint in solchen Fällen sehr richtig: „Die Furcht hat große Augen", von langen Ohren schweigt es jedoch wohlweislich."

Ein 103jähriger Kerkersträfling. Aus Agramm wird der Wiener Arb.-Ztg. geschrieben: Die Polizei verhaftete den wiederholt abgestraften Ivan Palencsuk. Palencsuk ist 103 Jahre alt und verbrachte mehr als 50 Jahre hinter Kerkermauern. Vor zwei Wochen aus der Strafanstalt entlassen, beging er sofort wieder ein Verbrechen, um in den Kerker zu kommen, wo es ihm, wie er sagt, sehr gut geht. — Der Kerker als erwünschtes Greisenasyl — kann es ein schöneres Idyll geben?

Ein freiherrlicher Millionen-Bankerotteur. Der in der Sportswelt ganz Europas bekannte Baron Hermann Königswarter in Karlsbad ist bankerott geworden. Königswarter, der zahlreiche Güter in ganz Oesterreich-Ungarn besitzt, hat vor 11 Jahren von seinem Vater 30 Millionen Kronen geerbt. Seine Mutter, deren Rente gefährdet ist, hat die auf Millionen bewertete Gemäldegalerie ihres Sohnes mit Beschlag belegen lassen. Der Baron, der zweimal das Derby gewann und dessen Rennstall weltbekannt ist, hat u. a. Riesenwetten verloren.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Rudolf Goldscheid: Verelendungs- oder Meliorations-Theorie? (Probleme des Marxismus. I) Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H. Preis geb. 60 Pf.

Neue Gesellschaft (8. Heft): Glossen: Das Leipziger Urteil. — Lily Braun: Sozialpolitische Luftschlösser? — Franz Klühs: Die Breslauer Justiz. — Paul Göhre: Eine neue Hypothese über die Entstehung der Religion. — A. Fendrich: Eine Winterwanderung.

Wie erlangt man gesunden Schlaf, heitere Stimmung, Arbeitsfreudigkeit? Von Dr. Paczkowski (0,80). 2. Auflage. Verlag von Edmund Demme, Leipzig.

Spielplan des Großh. Hoftheaters.

Montag, 26. Febr. C. 46. Drittes und letztes Gastspiel von August Junkermann: **Onkel Bräsig**, Lebensbild in 5 Akten nach Fritz Reuters „Stromtid". Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Dienstag, 27. Febr. Vormittags 11 Uhr: XV. außer Abonn. Neueinstudiert: **Die Maschinenbauer**, Posse mit Gesang und Tanz in 3 Abteilungen und 6 Bildern von A. Weirauch, Musik von A. Lang. Für jede Person ist eine Eintrittskarte zu lösen.

Abends 7 Uhr: A. 46. **Orphens in der Unterwelt**, burleske Oper in 2 Akten und 4 Bildern von Offenbach. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

gehoben. Um nun den Abonnenten auch entgegen zu kommen, haben wir beschlossen, für Freiburger Nachrichten eine ständige Rubrik einzurichten, so daß die Freiburger Abonnenten über die wichtigsten Tagesereignisse täglich unterrichtet werden. Zugleich appellieren wir aber auch wiederholt an die Freiburger Genossen, unausgesetzt für die Weiterverbreitung des Volksfreund tätig zu sein, damit mit dieser Neuerung eine weitere Steigerung des Abonnentenstandes eintritt. Jeder muß sehen, daß er einen Abonnenten gewinnt. Jeder, der durch Abreise das Parteiblatt abbestellen muß, sollte vorher Ersatz schaffen. Wenn jeder seine Pflicht tut, dann können noch hunderte von Abonnenten gewonnen werden.

Des weiteren geben wir den Genossen bekannt, daß für den Stadtteil Zähringen eine Zeitungsträgerin gewonnen ist und ersuchen wir die Genossen, nun auch unter den Zähringer Arbeitern eifrig Volksfreund-Abonnenten zu werben. Bestellungen nehmen die Trägerinnen, bekannte Genossen und der Expedient **Wilh. Engler**, Rheinstraße 64, Hinterhaus, entgegen.

Die Redaktion und Expedition des Volksfreund.

△ **Bruchsal**, 23. Febr. In einem Zyklus von vier Vortragsabenden sprach Herr Dr. Sevin über die deutsche Einheitsgeschichte von 1848—1871. In leichtverständlicher Weise wußte der Redner sein der Historik entnommenes Material den anwesenden Hörern des Volkes zu erklären. Ausgehend von der 48er Revolution erläuterte er die einzelnen Phasen dieser ersten Bewegung zur Schaffung eines einigen deutschen Reiches; übergehend auf den preußisch-dänischen Krieg zeichnete Redner gleichzeitig ein Bild jenes Gewaltmenschen Otto v. Bismarck. Verschiedene Reden Bismarcks im preußischen Landtag und im norddeutschen Bund können nur bestätigen, was wir oben angeführt.

Auch diese Vorträge waren sehr gut besucht. wir hätten nur den einen Wunsch, daß noch mehr wie bisher die Arbeiter sich an den populären wissenschaftlichen Vorträgen beteiligen mögen. Der Eintritt beträgt ja nur 10 Pf.

Der nächste Vortragsabend, an dem ein neuer Zyklus beginnt, findet kommenden Donnerstag, abends halb 9 Uhr, in der Aula der Mädchenschule statt.

* **Gölshausen** (Amt Bretten), 24. Febr. Der hiesigen Gemeinde wurde der Beitrag zu einer Haltestelle an der Kraichgaubahn in Höhe von 2000 Mk. nach Mitteilung der Großh. Generaldirektion erlassen.

r. **Lahr**, 25. Febr. Heute Morgen wurde der Färber Benz erschossen in seinem Bett aufgefunden. Motiv der Tat unbekannt. — Heute Nachmittag wurde von der Straßenbahn einem Kinde ein Bein abgefahren. Das Kind rutschte vom Trottoir herunter und kam so unter den Wagen.

Triberg, 24. Febr. Donnerstag, den 22. ds. Mts., abends gegen halb 10 Uhr, brannte der Dachstuhl der Metallwarenfabrik Schneider u. Co., Inh. Griesbaum und Kübler, hier nieder. Dem raschen Eingreifen der Feuerwehr dürfte es zu danken sein, daß das Feuer nicht weiter um sich griff, so daß der Betrieb, wenn auch unter Einschränkung, weitergeführt werden kann. Die Ursache des Brandes ist vorerst nicht mit Sicherheit festgestellt.

Aus dem Reiche.

a. **München**, 24. Febr. Geborstene Ordnungssäule. Wegen einer Reihe von Betrügereien und Urkundenfälschungen hatte sich in viertägiger Verhandlung der Notariatsbuchhalter Isidor Hefele zu verantworten. Auf Grund gefälschter Haftscheine des Notariats München XVII hatte er angeblich zum Zwecke von Hypothekregulierungen folgende Summen herausgeschwindelt: 76000 Mk., 70800 Mk., 74000 Mk., 20000 Mk., 9000 Mk., 20000 Mk., 12000 Mk., 7000 Mk., 28600 Mk., 72000 Mk., 68000 Mk., außerdem unterschlug er einen Betrag von 5000 Mk. Das Geld hatte der Mensch nahezu wahnsinnig verschwendet. Er veranstaltete Saufgelage, wobei er an einem Abend Zechen von 600 bis 800 Mk. bezahlte. So nahm er auf eine Reise nach Brixen die gesamte Regimentsmusik des ersten schweren Reiter-Regiments auf seine Kosten mit, auch seine übrige Reisegesellschaft hielt er zechfrei; nach durchschwelgter Redoutennacht, wobei der Champagner in Strömen floß, veranstaltete er ebenfalls auf seine eigenen Kosten Korsofahrten in den englischen Garten. Obwohl er niemals beim Militär war, gehörte er doch mehreren Veteranen- und Kriegervereinen als Mitglied an, einem dieser Vereine stiftete er eine wertvolle Fahne mit der goldgestickten Inschrift: „In Treue fest". Auch war er Mitglied einer Loge mit einem Monatsbeitrag von 150 Mk. In der Verhandlung verlegte sich der Gauner, der bereits mit 4 Jahren Gefängnis vorbestraft ist, aufs Winseln. Der Staatsanwalt beantragte 5 Jahre Zuchthaus. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verurteilte Hefele zu fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Leipzig, 22. Febr. Das „siamesische" Zwillingspärchen, von dem kürzlich die Ehefrau des Korkschneiders Bock entbunden wurde, kam tot zur Welt und wurde deshalb zu Studienzwecken der hiesigen Universität überwiesen.

Lübeck, 23. Febr. In Meldorf wurde der Fleischermeister Struve ermordet, wahrscheinlich von seinem erwachsenen Sohne, der verhaftet wurde.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 26. Febr.

Lohnbewegung im Braugewerbe.

Eine Versammlung der organisierten Bierbrauer fand gestern Nachmittag im „Rheinkanal" zu Mühlburg statt. Die Mitglieder des Brauerverbandes waren zahlreich erschienen, um den Bericht über den bisherigen Gang der mit den Vertretern des Brauerrings gepflogenen Verhandlungen entgegenzunehmen. In der Diskussion vertraten sämtliche Redner die Meinung, daß die von den Vertretern der Arbeitgeber bisher gemachten Zugeständnisse hinter den gehegten Erwartungen zurückblieben. Den Vertretern der Arbeiter wurde aufgegeben, bei der Weiterverhandlung mit aller Entschiedenheit für die Forderungen der Arbeiter, insbesondere hinsichtlich der Löhne der Bierbrauer, einzutreten. Ein aus der Mitte der Versammlung eingelaufener Antrag, im Hinblick auf den Ernst der Situation eine Extrasteuer von 20 Pfennig pro Woche zu erheben, fand einstimmige Annahme. Hoffentlich sehen die Arbeitgeber im Braugewerbe ein, daß an den Forderungen der Brauer nichts abzuwacken ist, sie sind das Mindestmaß dessen, was die Arbeiter im Hinblick auf die fortschreitende Teuerung der Lebensverhältnisse fordern müssen.

Abermals Erhöhung der Milchpreise.

Die Molkereibesitzer von Karlsruhe und Umgebung sind entschlossen, den Milchpreis von 20 auf 22 Pf. zu erhöhen. Als Grund wird angegeben das Andauern der hohen Vieh- und Futterpreise. Dazu das Inkrafttreten des Zolltarifs in wenigen Tagen; wir gehen herrlichen Zeiten entgegen.

Die Stadt Karlsruhe ist übrigens im Begriffe, die Milchproduktion für die städtischen Anstalten und Institute selbst in die Hand zu nehmen. Eine entsprechende Vorlage harrt der Ausarbeitung. Zunächst soll für etwa 100 Kühe Stallung beschafft werden.

* **Bürgerausschuß.** Bei der durch den Bürgerausschuß vorgenommenen Wahl eines Stellvertreters für den mit Tod abgeschiedenen Stadtverordneten, Herrn Privatmann Christof Ulrich, wurde mit Amtsdauer bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl des Bürgerausschusses Herr Rechtsanwalt Dr. Richard Bielefeld gewählt.

* **Verbindungsweg zwischen Sofienstraße und Mühlburg.** Stadtv. Maier erklärte diesbezüglich beim Punkt: Herstellung von Strecken der Sofien- und Welzienstraße das Einverständnis seiner Parteigenossen mit der Vorlage und kommt auf seinen in der letzten Bürgerausschußsitzung geäußerten Wunsch, in der Verlängerung der Sofienstraße nach Mühlburg einen gangbaren Fußweg zu erstellen, zurück. Es herrsche dort ein starker Verkehr von Arbeitern. Ebenso sei ein Fußweg nötig in der Verlängerung der Eisenbahnstraße bis zum Kühlen Krug; es sei dort sehr schmutzig und mit geringen Mitteln könne Abhilfe geschaffen werden. — Bürgermeister Horstmann erklärt, das Tiefbauamt sei im November schon angewiesen worden, die Sache zu prüfen und zu erledigen, und er selbst habe sich überzeugt, daß ein passabler Weg in der Verlängerung der Sofienstraße erstellt sei. — Stadtv. Maier gibt zu, daß der Weg in Stand gesetzt wurde, es seien aber in demselben immer noch Vertiefungen vorhanden, in denen sich das Wasser ansammle. — Oberbürgermeister Schnetzler erklärt, man werde die Sache nochmals nachsehen lassen. — Stadtv. Nuß: Er habe sich überzeugt, daß ein ganz guter Weg dort erstellt sei. — Hierauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

* **Quersitze.** Die gemäß Bürgerausschußbeschlusses vom 19. Febr. herzustellenden 10 neuen Anhängewagen der Straßenbahn sollen mit Quersitzen ausgestattet werden.

* **Die neugeschaffene Stelle eines Armenkontrolleurs** wurde dem Justizaktuar Friedrich Sütterlin, z. Zt. beim Amtsgericht dahier, zunächst versuchsweise übertragen.

Erstochen. Heute Nacht um 1 Uhr wurde ein italienischer Arbeiter, als er seine zwei erwachsenen Kinder aus einer Wirtschaft in der Durlacherstraße abholte, von einer bis jetzt unbekannten Person ahnungslos überfallen. Ein Stich, der ihm beigebracht wurde, traf die Lunge und der Tod trat sofort ein. Anscheinend liegt eine Verwechslung in der Person dessen vor, den man treffen wollte. Noch in der Nacht wurden drei Verhaftungen vorgenommen. Ob man den oder die Täter gefaßt hat, bleibt abzuwarten.

Der Polizeibericht meldet: Heute nacht 12½ Uhr wurde der verheiratete, 55 Jahre alte Tagelöhner Luigi Goretti aus Italien, nachdem er kurz vorher aus der Heimat zurückgekehrt und am Bahnhof von seinen Angehörigen, darunter Frau, Tochter und Nichte, abgeholt war und mit vier deutschen Arbeitern, die teils maskiert waren, in der Nähe seiner Wohnung in der Durlacherstraße zusammentraf, in eine Schlägerei verwickelt, die daher kam, daß seine Tochter und Nichte von den deutschen Arbeitern belästigt worden waren. Bei dieser Schlägerei erhielt Goretti einen Messerstich in die linke Brust und starb sofort. Der Täter, der 33 Jahre alte verheiratete Maschinenarbeiter Karl Ludwig Catoir von hier, sowie noch sieben weitere an der Schlägerei beteiligte Personen wurden noch in der Nacht ermittelt und vorläufig festgenommen.

* **Eine brennende Maske.** Die Perrücke eines ca. 13jährigen maskierten Knaben geriet gestern Nachmittag in der Zähringerstraße in Brand. Der Junge trug erhebliche Brandwunden davon und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

* **Eisenbahnunfall.** Verflossene Nacht, kurz vor 12 Uhr, stürzte ein hiesiger Hilfsschaffner, welcher einen Personenzug hierher begleitete, beim Rüppurrer Bahnübergang vom Zug, wobei ihm der rechte Fuß abgefahren wurde. Außerdem erlitt er am linken Unterschenkel einen komplizierten Knochenbruch und trug sonst noch erhebliche Verletzungen davon. Mittels Tragbahre wurde der Verunglückte ins städtische Krankenhaus verbracht.

* **Das Bankgeschäft Götz** teilt uns die Haupttreffer der Bad. Invalidenlotterie ohne Gewähr mit: Nr. 27385 hat 20000 Mk., Nr. 80981 hat 5000 Mk., Nr. 96100 hat 1000 Mk., Nr. 113502 hat 1000 Mk. gewonnen.

Der Mordprozeß Schelhaas und Marter.

(Freitagvormittag-Sitzung.)

Zeuge Hermann Weidenmann, Kaufmann und Restaurateur in Zürich: Anfang Januar 1905 kam Wirz mit dem Pferdehalter Rieger und fragten, ob ich Papiere kaufe. Ich sah mir die Papiere an, die ganz neu waren, und sagte mir sofort, die Papiere sind gestohlen. Als ich Wirz fragte, ob die Papiere sein Eigentum seien, wurde er verlegen und sagte, sie seien von einem Fabrikanten. Auf meine Veranlassung wurden die Papiere nach Frankfurt geschickt; Wirz drängte aber ziemlich barsch auf Ausbezahlung. Inzwischen traf ein Telegramm von der Münchener Untersuchungsbehörde ein, daß die Papiere gestohlen seien. Auch dann gab Wirz noch nicht die richtige Auskunft über die Prävennienz der Papiere, der Mann kam mir und meiner Frau sehr sonderbar vor; besonders die Hast, mit der er auf die Auszahlung drängte, fiel auf. Die Vermögensverhältnisse des Wirz waren nicht günstig. Wirz stellte mir in Aussicht, wenn ich die Papiere zu anständigem Preise verkaufe, werde er mir weitere Papiere im Betrage von 50000 Mk. zum Verkaufe bringen.

Dem Zeugen Wirz wird diese von seiner Aussage erheblich abweichende Darstellung des Zeugen Weidenmann vorgehalten. Wirz meint, man sagt in solchen Fällen nicht immer alles so, wie es sich wirklich verhält. Auch darüber, warum er beim Bezirksamtmann als Besitzer der Papiere einen Herrn Brückner bezeichnete, während er sie doch von Marter erhalten habe, gibt Wirz keine bestimmte Antwort. Er sei eben verwirrt gewesen, als er hörte, die Papiere seien gestohlen.

Marter: Daraus, daß die Papiere neu waren, konnte ich nicht schließen, daß sie gestohlen seien, da ich vorher noch nie Wertpapiere in Händen gehabt habe.

Henry Garrin, Zollkontrolleur bei der Schweizer Zollbehörde in Waldshut: Ich kenne Marter, der mehrere Jahre bei mir wohnte. Ich kann nichts nachteiliges über ihn sagen, einer Hehlerei halte ich ihn nicht für fähig. Marter war gutmütig und naiv, durchaus nicht raffiniert. Aus Aeußerungen der Marterschen Eheleute ging hervor, daß sie die Schelhaas für reiche Leute hielten.

Emil Kalb, Gemeindeamann: Ich kenne den Marter von Jugend auf. Mit bestem Gewissen kann ich sagen, daß Marter ein aufrichtiger und ehrlicher Mensch ist. Ich traue ihm nie und nimmer eine selbstsüchtige Handlung zu. Marter unterstützte seine blinde Mutter.

Die Verteidigung verzichtet auf die Vernehmung weiterer Leumundszeugen für Marter.

Sachverständiger Bankbeamter Fischer gibt nun den Kurswert der in der Schweiz beschlagnahmten Papiere bekannt. Der Nominalwert betrug 52880 Mk., der Kurswert nach dem Stande vom März 1904 42000 bis 43000 Mk. Dazu kommt noch ein Wertpapier von 20400 Mk., das bei Schelhaas gefunden wurde und ein kleineres Papier im Werte von 10200 Mk., welches die Eheleute Schelhaas in München verkauft haben. Im Jahre 1892 besaß Cramm nach den Pflegschaftsakten Wertpapiere im Nominalbetrage von 86000 Mk.

Zeugin Lisbeth Reidl, Kunstmalerswitwe in Pasing: Schelhaas entlehnte Skizzen von meinem verstorbenen Mann. Von Ostern bis August 1904 machte ich für Frau Schelhaas fünf seidene Blusen, ein blauseidenes Kleid und mehrere Unterkleider. Mein Arbeitslohn betrug im ganzen über 100 Mk. Die Stoffe haben sicher mehr als 100 Mk. gekostet.

Zeuge Albert Lehmann, Photograph in Pasing: 1904 kam Schelhaas zu mir und wollte das Photographieren erlernen. Schelhaas fragte, ob man auch beim Photographieren gefährliche Gifte verwende.

Susanne Schlenker: Alles, was ich gesagt habe, ist wahr.

Vors.: Zeuge Giese sagte, Sie seien zuerst für Ihre Dienstherrschaft eingetreten und hätten auf den alten Cramm geschimpft, später sei ihre Stimmung umgeschlagen. Warum haben Sie das getan?

Zeugin Schlenker: Weil ich später erst genau erfuhr, um was es sich handle. Ich halte aufrecht, daß mir die Schelhaas zugeredet haben, heimzufahren.

Vors.: Haben Sie an Ihre Freundin Berta einen Brief geschrieben?

Zeugin: Ja, am 20. Mai. (Der Brief wird verlesen und zwar zu dem Zwecke, festzustellen, daß Schlenker am 20. Mai einen Brief an ihre Freundin geschrieben hat; dagegen darf die Darstellung der in dem Brief enthaltenen Anführungen nicht als bewiesen erachtet werden.)

In diesem Briefe teilt Schlenker ihrer Freundin mit, daß sie auf Wunsch ihrer Herrschaft heimgereist sei, daß Cramm verschwunden sei, daß die Schelhaas geheiratet und die Frau sich neu gekleidet und ein neues Gebiß angeschafft habe. Auch klagt sie über den niederen Lohn.

Schlenker: Zu Beginn der Untersuchung habe ich allerdings geklagt, daß ich nichts zu essen hätte, später bekam ich durch den Aufseher für die Führung des Hauses monatlich 65 Mk. Der Schutzmann Schmid und Stationskommandant Hermann haben während der Untersuchung oft über den Fall privatim gesprochen.

Marter: Schelhaas hat mich im Jahre 1901 um Geld angegangen und geschrieben, daß aus Cramm, so lange er lebe, kein Geld herauszubekommen sei.

Da nicht bestritten wird, daß nach der Verbleiben Cramms im In- und Auslande recherchiert wurde, verzichtet der Staatsanwalt auf die Verlesung der diesbezüglichen Urkunden.

Außerdem wird noch der anonyme Brief verlesen, der von Berlin an die Polizeidirektion München gelangte und der den Anlaß zur Untersuchung gab. Der Brief ist mit sieben §-Zeichen unterschrieben; der Verfasser dieses Briefes wurde nicht eruiert.

Der Vorsitzende erklärt, daß in den Akten eine Unsumme von Mitteilungen sich befinden, die sich auf die angebliche Existenz des Cramms beziehen.

•

Zum Selbstmordversuch der Frau Schelhaas schreibt unser Münchener Parteiorgan noch: Die längst erwartete Sensation, die einzige dieses Prozesses, ist eingetreten: Frau Schelhaas, der durch die Pause am Freitag Nachmittag Gelegenheit gegeben war, den ganzen Verlauf des Prozesses in Ruhe zu überdenken, öffnete sich Freitag nachts die Pulsadern. Sie setzte dadurch den Gerichtshof, von dem es ohnehin fraglich ist, ob er rechtsgiltig über dem Ehepaar zu Gericht sitzt, in nicht geringe Verlegenheit. Die Verhandlung sollte am Samstag um halb 9 Uhr beginnen, der Gerichtshof erschien aber erst um 9 Uhr. Trotz des Ernstes der Situation wirkte die nun folgende Szene, die wohl mehr aus prozessualen Gründen aufgeführt wurde, etwas komisch. Nachdem der Vorsitzende konstatiert hatte, daß der Gerichtshof und die Verteidiger vollzählig anwesend seien, von den Angeklagten aber Kath. Schelhaas fehle, trat im Stechschritt ein Krankenwärter vor den Präsidenten hin und meldete, daß Katharina Schelhaas während der Nacht einen Selbstmordversuch gemacht und sich an beiden Armen die Pulsadern geöffnet habe. Der Präsident, der natürlich über alles längst informiert war, erkundigte sich danach, ob Katharina Schelhaas verhandlungsfähig sei. Da der Lazarettgehilfe hierüber keine Auskunft geben konnte, ergriff der Staatsanwalt das Wort und erklärte, daß er sich telephonisch erkundigt und die Auskunft erhalten habe, daß Katharina Schelhaas bis zum nächsten Dienstag wieder hergestellt sei. Er beantrage daher, die Hauptverhandlung bis Dienstag zu unterbrechen. R.-A. Dr. v. Pannwitz erklärte, daß er für den Fall, daß Katharina Schelhaas auch am Dienstag noch nicht verhandlungsfähig sei, beantragen werde, die Sache Marter von der Sache Schelhaas zu trennen und die Verhandlung in der Richtung gegen Marter unter allen Umständen durchzuführen. Das Gericht beschloß sodann, die Verhandlung bis Dienstag, den 27. Februar, vormittags 8½ Uhr, zu unterbrechen.

•

Unser Münchener Korrespondent schreibt uns heute: Zu dem Ihnen telegraphisch gemeldeten Selbstmordversuch der Angeklagten Katharina Schelhaas wird jetzt mitgeteilt, daß ihr Zustand ein sehr bedenklicher sein soll. Der Blutverlust sei ein derart starker gewesen, daß ihre Wiederherstellung sehr in Frage steht. Seit ihrer Ueberführung in die chirurgische Klinik liegt sie in Halbschlummer. Es ist somit auch noch sehr fraglich, ob sie der morgen Dienstag beginnenden Schlußverhandlung beiwohnen kann. Falls dies nicht der Fall ist, trägt man sich mit der Absicht, die Verhandlung in der Richtung gegen Katharina Schelhaas auszusetzen, in der Richtung gegen ihren Ehemann und Oberschaffner Marter aber zu Ende zu führen.

Reichstag.

Berlin, 24. Febr.

50. Sitzung.

Fortsetzung des Etats des Reichsjustizamtes.

Abg. **Dove** (freis. Ver.) wünscht eine weitere Entlastung des Reichsgerichts, Abänderung der Konkursordnung, Vereinfachung und Verbilligung des Wechselprotestverfahrens und tritt für die Beibehaltung der Schwurgerichte ein.

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Nach den Beschlüssen der Strafprozeßkommission sollen künftig bei Preßvergehen auch Laien zu den Strafkammern hinzugezogen werden. Der Redner bedauert, daß der Abgeordnete Dove für die Resolution Ablaß eingetreten ist. So lange er an seiner Stelle stehe, werde er den Versuch, Hilfssenate beim Reichsgericht einzuführen, im Interesse der Einheitlichkeit unserer Rechtssprechung bekämpfen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) findet es begreiflich, daß man eines Verbrechers nicht habhaft werden könne, da man mit der Verfolgung ehrlicher und anständiger Leute Zeit und Kraft verliere. Der Redner bespricht dann die Frage des Koalitionsrechts und des Streikpostenstehens. Das Reichsgericht rege durch seine Rechtsprechung geradezu zum Kontraktbruch an. Redner wirft dem Leipziger Oberstaatsanwalt Böhme Mißbrauch der Amtsgewalt vor und wird deshalb zur Ordnung gerufen. Als er bei Bekämpfung des Zeugniszwangs auf den Zwischenruf: „die Anwendung des Zwanges ist ganz richtig", erwidert, diese Auffassung bekunde einen abgrundtiefen Ehrbegriff, wird er zum zweitenmale zur Ordnung gerufen. Er kritisiert dann die Rechtsprechung der Gerichte.

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Die von Stadthagen über den Prozeß Milewska aufgestellten Behauptungen hätten sich nicht als stichhaltig erwiesen. Er weist dann die Angriffe gegen den preußischen Justizminister zurück, dem jede Beeinflussung der Unabhängigkeit der Gerichte fern liege.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter **Börnes** nimmt den außerordentlich gewissenhaften Leipziger Oberstaatsanwalt Böhme gegen die unglaublichen Verunglimpfungen in Schutz.

Abg. **Müller**-Meiningen (fr. Vp.) fordert, wenn gegen die Zusammensetzung der Schwurgerichte Bedenken bestehen, Diäten für die Geschworenen und fordert vor allem eine Reform der Bestimmungen des Strafgesetzbuches über kleine Diebstähle. Der Redner erklärt sich gern für die Bekämpfung der Unsittlichkeit in den Preßerzeugnissen, ist aber gegen jede Mückerei und warnt vor neuen legislativen Abenteuern in dieser Richtung.

Abg. **v. Gerlach** (Nat.-Soz.) bekämpft den Zeugniszwang und sieht in dem Widerstreben der Presse gegen ihn einen Ehrentitel derselben.

Staatssekretär Dr. **Nieberding** betont: Bei der bevorstehenden Strafprozeßreform werde auch diese Materie geregelt werden. Ganz könnten die Forderungen der Presse allerdings nicht erfüllt werden, da der Zwang bestehen müsse, wenn vitale Interessen der staatlichen Sicherheit und Ordnung vorliegen. Die Verhandlungen darüber seien noch nicht zum Abschluß gelangt.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch. Tagesordnung: Gewährung von Veteranenbeihilfe und Abänderung der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches.

Die Revolution in Rußland.

Steuerrückstände.

Den Blättern zufolge hat Durnowo den Gouverneuren befohlen, die rückständigen Semstwosteuern mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zwangsweise beizutreiben. Die Rückstände betrugen schon im Jahre 1902 20 Millionen Rubel und sind gegenwärtig dermaßen angewachsen, daß den Semstwos finanzielle Zerrüttung droht.

Die Duma-Wahlen.

Eine Zirkulardepesche des Ministers des Innern ermächtigt die Gouverneure, bekanntzugeben, daß mit den Wahlen der Delegierten für die Wahlen zur Duma am 5. März begonnen werden kann, damit dieselben etwa am 23. März, wenn möglich, beendigt sind.

Letzte Post.

Dreifacher Mord und Selbstmord.

Eine Frau Allen aus Newyork hat auf einer kurzen Seereise ihre drei Kinder ins Meer geworfen und sich dann selbst hineingestürzt. Der Kapitän bemerkte den Zwischenfall erst, als das Schiff sich schon zu weit von der Stelle entfernt hatte, so daß an Rettung nicht mehr zu denken war.

Bei einer Inventuraufnahme

in der Kirche Saint Thomas d'Aquin zu Paris wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Unter den Festgenommenen befindet sich der pensionierte General Recamiez.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Cie. Sämtliche in Karlsruhe.

Da der Arbeiter

nicht täglich Gelegenheit hat, sich mit seinem Nachbar, seinem Arbeitskameraden über die gedrückte Lage auszusprechen, so muß er die gleichgiltigen Arbeiter als Abonnenten auf den

Volksfreund

zu gewinnen suchen, wodurch diese täglich über die Vorgänge im öffentlichen Leben orientiert und zum Denken angeregt werden. — Deshalb sei allerorts die Losung: **Erhöhung der Leserzahl! Gewinnung neuer Mitstreiter!** Jeder Abonnent unsres Blattes mag es sich zur Aufgabe machen, zum Monatswechsel noch mindestens **einen neuen Abonnenten** zu gewinnen!

Anhängenden Bestellzettel bitten wir einem Zeitungsausträger zu übergeben oder an die **Expedition des Volksfreund, Luisenstraße 24,** einzusenden. Die Zusendung des Blattes wird dann sofort erfolgen.

Wer jetzt schon abonniert, erhält die Zeitung bis Ende dieses Monats gratis.

Deutlich schreiben.

Bestellzettel.

Name: _____

Straße, Nr.: _____

Ort: _____

abonniert den Volksfreund.

Hotel u. Restaurant „goldner Adler“

Fastnachtdienstag, abends von 7 Uhr ab

grosses närrisches Konzert

ausstudiert von einer größeren Abteilung ehemaliger Militärmusiker. **Freier Eintritt** gestattet. Textlieder und ein ff. Stoff hell und dunkel Bier aus der Brauerei K. Kammerer wird verzapft.

Es ladet ergebenst ein 761

Albert Fischer.

Neue Marinaden.

Bismarckheringe,
Stück **5** Pfg., 4 Liter-Dose ℳ **1.80**

Rollmops,
Stück **5** Pfg., 4 Liter-Dose ℳ **1.80**

Sardinen, russische,
per Pfd. **35** Pfg., 4½ kg-Fässchen ℳ **1.80**

ferner

Prima neue Holländer Vollheringe,
Stück **4** Pfg., Dutzend **45** Pfg.

scharfe Holländ. Bücklinge, 3 St. **20** Pfg.

Süssbücklinge, Sprotten 574

empfehlen

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten Karlsruher Verkaufsstellen.

Der große Unterschied!

Gerstenkaffee

ist kein

„Malzkaffee“

und „Malzkaffee“ ist noch lange kein

Kathreiners Malzkaffee“.

Denn der echte „Kathreiner“ ist nach dem Urteile der wissenschaftlichen Autoritäten nicht nur in bezug auf seinen Gehalt ein in jeder Hinsicht vollkommener „Malzkaffee“, sondern besitzt vor allem allein unter sämtlichen Erzeugnissen seiner Art einen würzigen, vollen, kaffeeähnlichen Wohlgeschmack. Man verlange in den Geschäften deshalb ausdrücklich nur den echten „Kathreiners Malzkaffee“ und achte scharf darauf, daß man diesen auch wirklich erhält und keinen anderen. Die untrüglichen Kennzeichen des echten Kathreiner sind: Geschlossenes Paket in seiner bekannten Ausstattung, Bild und Unterschrift des Pfarrers Kneip als Schutzmarke und die Firma: Kathreiner's Malzkaffeefabriken. 759

Schweinefett, beste Marke, garant. rein,
1 Pfund **52** Pfg., bei 5 Pfund **50** Pfg.

Kunst-Speisefett (Neckarperle)
1 Pfund **52** Pfg., bei 5 Pfund **50** Pfg.

Kunst-Speisefett (Hensels)
1 Pfund **60** Pfg., bei 5 Pfund **56** Pfg.

fst. Pflanzenfett Pfund **55** Pfg.

Margarine 1 Pfd. **70** Pfg., bei 3 Pfd. **65** Pfg.

Butteröl, feinstes Backöl
1 Liter **60** Pfg., bei 5 Liter **55** Pfg.

Emil Bucherer,
in den bekannten Verkaufsstellen. 677

Achtung! **Achtung!**

Bitte Rückseite lesen!

Achtung! **Achtung!**

Gratulation.

Zu dem **68. Wiegenfeste** unseres treuen und liebwerten Mitarbeiters

Christian Maier

wünschen ihm seine Kollegen das Beste. Möge er uns noch manches Jahr in alter Freundschaft erhalten bleiben. 760

Bekanntmachung.

Nr. 4464. Am 27. d. Mts. feiern Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin die silberne Hochzeit. Wir bitten die Einwohnerschaft, in Kundgebung des innigen Anteils, den das deutsche Volk an dem Freudenfeste nimmt, die Häuser an dem genannten Tage beflaggen zu wollen.

Karlsruhe den 22. Februar 1906.

Der Stadtrat:
762 Schnetzler. Lacher.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 19. Februar bis Ende März ds. Js. werden in den Nachtstunden, jeweils um 10 Uhr beginnend, einzelne Wasserrohrleitungen gespült. Bei dieser Arbeit lassen sich Trübungen des Wassers, auch in entfernt liegenden Rohrleitungen, nicht vermeiden. Wir ersuchen deshalb unsere Wasserabonnenten, ihren Wasserbedarf für die Nacht während der angegebenen Zeit vor 10 Uhr abends der Leitung zu entnehmen.

In den nächsten Wochen wird auch die mechanische Rohrreinigung wieder aufgenommen; dieselbe wird während der Tageszeit besorgt und wird jeweils in den davon betroffenen Grundstücken besonders angesagt, damit sich die Bewohner vorher mit Wasser versorgen können.

Städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Bekanntmachung.

Für die notleidenden Deutschen in Rußland sind an Beiträgen eingegangen:

Bei Herrn **Baudirektor und Stadtverordnetem Peter (Vereinsbank):** von ihm selbst 10 Mk., K. W. 2 Mk.; bei Herrn **Kommerzienrat und Stadtrat Dürr:** von L. K. 5 Mk., Herrn Kaufmann Emil Dürr 20 Mk.; bei Herrn **Wirkl. Geh. Rat Dr. Bürklin, Exzellenz:** von Herrn Privatier Josef Rösch in Mauer bei Heidelberg 10 Mk., Frau Natalie Hiller 20 Mk; bei Herrn **Bankier und Stadtrat Homburger (Bankhaus Veit L. Homburger):** von Herrn B. Schlesinger 5 Mk., Herrn Direktor Karl Moninger 20 Mk., Herrn Direktor Stephan Moninger 20 Mk., Herrn Direktor Theodor Moninger 20 Mk.; bei Herrn **Professor O. Armbruster:** von Herrn Lehramtspraktikanten G. K. 3 Mk, R. T. D. F. 34 Mk, J. M. 10 Mk.; bei Herrn **Oberschulrat und Landtagsabg. Rebmann** v. ihm selbst 10 Mk.; bei Herrn **Rechtsanwalt, Stadtrat und Landtagsabgeordnetem Dr. Binz:** von ihm selbst 10 Mk., Herrn Landtagsabgeordnetem Geh Hofrat Dr. Weygoldt 10 Mk.; bei Herrn **Geistl. Rat und Stadtdekan Knörzer:** von ihm selbst 5 Mk.; bei Herrn **Hauptlehrer Benedikt Schwarz:** von ihm selbst 2 Mk., Herrn Obersekretär Geier 2 Mk.; bei Herrn **Kaiserl. Baudirektor Post (Reichsbankstelle):** von Herrn Ignaz Ellern 20 Mk.; bei Herrn **Oberschulrat Dr. Waag, a. o. Professor an der Techn. Hochschule:** von dem Lehrerkollegium der Realschule zu Eppingen 10 Mk.; bei Herrn **Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. Fr. Weill:** von Herrn Dr. med. J. Jourdan 30 Mk., Herrn Kaufmann Herm. Oertel 10 Mk., Herrn Gypsermeister Georg Frank 10 Mk., Herrn Fabrikanten Heinr. Hermann 30 Mk., Herrn Dr. Ludwig Hermann 10 Mk.; bei Herrn **Stadtverordnetem Ph. Karcher, Vorsitzendem des Hardtgau-Militärvereinsverbandes:** von ihm selbst 5 Mk., Militärverein Mühlburg 10 Mk., Herrn Oberzahlmeister a. D. C. Knöbbiche 1 Mk., Herrn Dr. med. Bukofzer 5 Mk. Herrn Privatier L. Lattner 1 Mk., Herrn Baumeister B. Pfeifer 2 Mk., Herrn Verwalter Gscheidlen 2 Mk., Herrn Gärtner G. Schmid 1 Mk., Herrn Bäckermeister Emil Doldt 50 Pfg., Herrn Schuhmachermeister J. Weber 1 Mk, Herrn Apotheker Dr. Arker 2 Mk.; Herrn Baumeister A. Pfeifer 2 Mk., Herrn Braumeister J. L. Leiber 1 Mk., Herrn Baumeister Ferd Doldt 2 Mk., Herrn Pflästerermeister Ferd. Rahm 1 Mk., Herrn Baumeister G. Pfeifer 2 Mk., Herrn Kaminfegermeister J. Gießler 1 Mk., Herrn Kaufmann Ferd. Hoffäß 1 Mk., Herrn Kaufmann M. Hagmann 1 Mk., Herrn Metzgermeister K. Scheeder 50 Pfg., Herrn Bäckermeister Karl Reinmuth 1 Mk., Herrn Kaufmann Karl Maag 1 Mk., Herrn Gastwirt August Wenner 1 Mk., Herrn Privatmann G. Karcher 1 Mk., Herrn Bäckermeister Emil Karcher 50 Mk., Herrn Gastwirt Leopold Wörner 1 Mk., Herrn Oberlehrer H. Gerner 1 Mk., Herrn Kaufmann Aug. Müller 1 Mk, Herrn Metzgermeister Wilhelm Kögel 50 Pfg., Herrn Sattlermeister F. Bohlinger 1 Mk., Firma Friedr. Zimmermann, Eisenhandlung 2 Mk., Herrn Kaufmann Karl Getrost 50 Pfg., Herrn Küfermeister Stefan Stähle 1 Mk., Herrn Malermeister Karl Scheuerpflug 50 Pfg., bei Herrn **Bankdirektor Jacobi (Filiale der Rhein. Creditbank):** von Herrn Geh. Rat und Kommerherrn Ph. von Chelius 20 Mk., Herrn Geh. Kabinettsrat und Kammerherrn Rich. von Chelius 20 Mk., Herrn Freiherrn Viktor von Schilling in Hohenwettersbach 10 Mk., Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. O. Fürst 20 Mk., Herrn prakt. Arzt Dr. H. Wunderlich 20 Mk., Herrn Privatier Fritz Strücker 20 Mk bei Herrn **Oberforstrat Professor Siefert, Rektor der Fridericiana, Magnificenz:** von Herrn Geh. Hofrat Dr Schur 20 Mk., A. D. 100 Mk., Herrn Professor Dr. Schleiermacher 5 Mk.; bei Herrn **Professor Dr. Scholl:** von ihm selbst 10 Mk., Herrn Professor Dr. Paulcke 5 Mk.; bei Herrn **Hauptlehrer F. Feuchter:** von ihm selbst 3 Mk, Herrn Hauptlehrer K. Eiermann 1 Mk., Herrn Hauptlehrer H. Lutz 2 Mk., Herrn Hauptlehrer P. Reich 1 Mk., von drei Mitgliedern des Turnklubs Karlsruhe 4 Mk., Beatbo 1 Mk.; zusammen 655 Mk, hierzu bereits veröffentlicht 4 742.60 Mk., im ganzen sonach 5 397.60 Mk.

Karlsruhe, den 7. Februar 1906.

Der Ortsausschuß für die notleidenden Deutschen in Rußland.

Original

Cottbuser Anzug-, Hosen- u. Paletot-Stoffe,
Frühjahrs-Neuheiten, vorzügliche, haltbare Qualitäten.

Westenstoffe in grosser Auswahl

Mk. 6.30
mit 5% Rabatt

Muster für Wiederverkäufer und Schneider zur Verfügung.

empfiehlt

Wilh. Wolf jr., Kaiserstrasse 82a.
Tuch-Abteilung.

Laut Notiz

bei der Invalidenlotterie kam der 3. Haupttreffer in meine Hauptkollekte, weitere Gewinne jedenfalls nach Erscheinen der Liste. Diese Woche spielen Sinsheimer, dann Frankfurter und Mannheimer à 1 Mk., 11 Stück 10 Mk., Donaueschinger à 2 Mk., Ulmer à 3 Mk., bei mehr billiger.

Carl Götz
Hebelstr. 11/15, Karlsruhe.

Gegründet 1889. Jährlicher Versand über 12 000 Uhren. — Ueber Hunderttausend Kunden. Viele Tausend Anerkennung.

Gegen kleine monatl. Teilzahlungen liefern die besten Uhren und Goldwaren

Jonass & Cie., Berlin SW. 241
Kommandantenstr 7/9.
Der Katalog Nr. 50 mit über 1000 Abbildungen wird auf Verlangen portofr. zugesand.

Abschlag.

Zwiebeln 1 Pfd. **5** Pfg., 5 Pfd. **22** Pfg.
Rollmöpse, Ia. frische Fische, 2 Stück **9** Pfg.
Bismarckheringe, Ia. frische Fische, 2 St. **9** Pfg.
Sardinen, 1 Stück **1** Pfg., 30 Stück **25** Pfg.
Sauerkraut, Weingärung, 1 Pfd. **8** Pfg.
Frankfurter Würstel, Paar **23** Pfg.

Emil Bucherer,
in den bekannten Verkaufsstellen.

A. Kneip, Werderplatz 34

beehrt sich hiermit den Eingang der

Frühjahrs-Neuheiten

für **feine Herrenbekleidung** ergebest anzuzeigen und hält sich bei Bedarf bestens empfohlen.

Im Erscheinen befindet sich:

Meyers Grosses Konversations-Lexikon.

Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.

146,000 Artikel u. Verweisungen. 11,000 Abbildungen, 1400 Tafeln und Karten.

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.

Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Probieren Sie bitte

Krämers Waschkern-Seife

mit Uhrenzugabe Ia Qualitäten. Erhältlich in den Kolonialwaren-Geschäften.

Generalvertreter:
Norbert Sinsheimer
Karlsruhe, Adlerstrasse 6.

Feinstes Backöl
per Liter 70 Pfg.
Schmalz, Palmbutter, verschied. Dürrobst, feinstes Mehl,
billigst bei 763
Ernst Deuble,
Augartenstraße 24.
Mitglied des Rabatt-Sp.-V.

Delicat und wohlbekömmlich

sind meine nach naturellem Verfahren

feinst gewässerten Stockfische

Ernst Deuble,
Augartenstraße 24.
Mitglied des Rabatt-Spar-V.

Vergebung v. Bauarbeiten.

Für den **Neubau des städt. Leihhauses** in der Schwanenstraße sollen die nachstehenden Bauarbeiten öffentlich vergeben werden:

1. **Schreinerarbeit,**
2. **Glaserarbeit,**
3. **Schlosserarbeit.**
4. **Rolladenlieferung,**
5. **Gipsestrich mit Linoleumbelag,**
6. **Plättchenbelag,**
7. **Anstreicherarbeiten.**

Die Zeichnungen und Bedingungen liegen beim städt. Hochbauamt, Rathaus 2. Obergeschoß, Zimmer 116, zur Einsicht auf. 671.2

Die Angebote sind spätestens bis **Mittwoch den 17. März d. J., nachmittags 5 Uhr,** dem Schluß der Ausschreibung, daselbst einzureichen.

Karlsruhe den 20. Februar 1906.

Städt. Hochbauamt.

Aufforderung.

Diejenigen Umlagepflichtigen, welche mit Bezahlung von Umlagenachträgen für 1905 sich noch im Rückstande befinden, werden hiermit aufgefordert, solche **bis längstens 1. März d. J.** anher zu bezahlen.

Karlsruhe den 21. Februar 1906.

Stadtkasse:
J. V.: Schütz. 703.2

Existenz.

Für erste deutsche Lebensversicherungsgesellschaft mit konkurrenzlosen Bedingungen und fast sämtlichen Nebensparten wird **Inspektor gesucht.** Anfangsgehalt von Beginn der Tätigkeit zugesichert. Offerten auch von Nicht-Fachleuten unter **R. 779** an **Haasenstein & Vogler A. G. Karlsruhe** erbeten.

Lebensversicherung

Acquisiteure, Agenten, stille **Vermittler** für alte, erstklassige Lebens-, Renten- und Aussteuer-Versicherungs-Gesellschaft unter äußerst günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht. Offerten unter **S. 780** an **Haasenstein & Vogler A.-G.** erbeten. 754.6

Günstiger Gelegenheitskauf
wegen Umzug.

Rastatter Sparkochherde, lackiert und emailliert, **Gaggenauer Gas-Spar-Kochplatten, Bügelöfen, Bügeleisen, Emaille, Inoxydierte** und **Diamant-Kochgeschirre. Oefen** aller Art in großer Auswahl unter Garantie zu sehr billigen Preisen.

Ernst Marx,
Rankestraße 24.

Mein Geschäft befindet ab 1. April **Luisenstraße 45** (Laden).

Bosnisch-türk. Zwetschgen
per Pfd. **16, 20, 25, 30** u. **35** Pfg., bei 5 Pfd. 1 Pfg., bei 10 Pfd. 2 Pfg. billiger,

Sankta Clara-Pflaumen
per Pfd. **35** u. **50** Pfg.,

Dampfäpfel	p. ℔	**60** ₰
Birnenschnitze, Murgt.	„	**35** „
dto. französ.	„	**40** „
italien. Brünnellen	„	**80** „
Aprikosen	„	**65** „
Pfirsiche	„	**66** „
Kirschen	„	**35** „
Datteln, Halowi	„	**30** „
Muskat-Datteln	„	**60** „
dto. in Karton von 400 Gramm	„	**50** „

Obst-Melange
pr. ℔ **25, 30, 40** u. **50** ₰

Feigen
per ℔ **25** und **30** ₰

○ mit 5% Rabatt. ○

empfiehlt

Bernh. Kranz
Werderpl. 37, Ludwigspl. 65, Kaiserstr. 36, Ecke Kronenstr.

Ein zuverlässiger Mann

wird gesucht, der den

Einzelverkauf des Volksfreund

in **Pforzheim** zu übernehmen hätte.

Expedition des Volksfreund Pforzheim,
Waisenhausplatz 3.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten:

16. Febr.: Arthur, V. Josef Wind, Sattler. Otto Hermann, Vat. Karl Bäder, Glaser. 17.: Gertrud Johanna, Vat. Julius Lenz, Geschäftsführer. 18.: Hellmuth Walter, Vat. Johann Baptist Gutmann, Sergeant 19.: Otto, V. Wendelin Müller, Wagenwärtergehilfe. 20.: Paulina Franziska, V. Matäias Ohnemus, Bahnarbeiter. Gustav, V. Basilius Rieger, Stadttaglöhner. 21.: Eugen, Vat. Heinrich Brucker, Bahnarbeiter. Hermann Friedrich, V. Hermann Bethge, Oberfeuerwerker. Luise Sophie, V. Ernst Höfle, Bahnarbeiter. Herbert Karl August, V. Heinrich Rothweiler, Handelsgärtner. 22.: Friedrich, V. Friedr. Wieland, Bautechniker. Emilie Rosa, V. Ferdinand Lang, Reservefuhrer. 23.: Sofie Emilie, V. Karl Göttle, Schlosser. Gertrud Anna, V. Max Boland, Maschinenschlosser. 24.: Valentin V. Enric Lupescu, Ingenieur.